

C. 5 Einführung von regionalen Sozialtickets in Sachsen und finanzielle Sicherstellung lokaler Lösungen durch den Freistaat

Beschluss des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen vom 11. Oktober 2008

1. DIE LINKE. Sachsen unterstützt und/oder initiiert eine landesweite Kampagne zur Einführung von regionalen Sozialtickets.
2. DIE LINKE. Sachsen fordert die Staatsregierung auf, ab 2009 die finanziellen Voraussetzungen für die Kommunen zur Einführung regionaler Sozialtickets zu schaffen.
3. Die Landtagsfraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag wird einen entsprechenden Finanzierungsvorschlag „Zuschüsse an Verkehrsverbände zur Einführung von Sozialtickets“ in die Haushaltsdebatte des Landtages einbringen. Dabei wird die Möglichkeit einer interfraktionellen Abstimmung mit den Fraktionen B90/Die Grünen (ähnlich lautender Beschluss vom 27.09.2008) und SPD (Beschluss wird ebenfalls erwartet) einbezogen.

Begründung:

Die sich verfestigende Armut hat viele Facetten und ist sehr konkret. So führt der Verlust von Mobilität durch stetig steigende Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr zu wachsender Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe, von Kunst und Kultur, von sozialen Bindungen und Kontakten. Einkommensschwachen BürgerInnen – darunter zunehmend auch Menschen in Vollzeitbeschäftigung mit geringem Einkommen – kann mit der Einführung von ermäßigten Fahrpreisen zur Nutzung des ÖPNV Mobilität zurück gegeben werden. Dies beweisen u.a. die Städte Köln und Dortmund sowie das Land Berlin.

Der Kampf für Sozialtickets – landesweit, regional und kommunal – ermöglicht und bedingt breiteste außerparlamentarische Bündnisse und deren enger Zusammenarbeit mit parlamentarischen Verbündeten. Dabei muss DIE LINKE. Sachsen ihr gesamtes Potential einbringen.

Der über 2jährige Kampf der Leipziger Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“, in der die AG „Soziale Politik“ engagiert mitwirkt, führte zum Stadtratsbeschluss „Einführung eines Sozialtickets ab August 2008“. Die Umsetzung wurde jedoch durch die Landesdirektion verhindert. Andere regionale Initiativen in Sachsen (Zittau/Löbau, Dresden, Chemnitz) scheiterten ebenfalls an fehlenden kommunalen Finanzmitteln für diese freiwillige soziale Leistung. Es zeigt sich, dass nur durch Bereitstellung finanzieller Mittel an die Verkehrsverbände durch die Landesregierung, die Kommunen in die Lage versetzt werden Sozialtickets in ihren Tarifgebieten einzuführen.

Nunmehr hat als erste Landespartei Sachsens B90/Die Grünen einen Beschluss zur Einführung eines Sozialtickets auf Landesebene beschlossen. Diesen Vorstoß begrüßen wir, meinen aber zugleich, dass dem der Landesverband und die Landtagsfraktion unserer Partei folgen muss. Zugleich ist allerdings eine Orientierung am Land Brandenburg, wo seit September ein landesweites Sozialticket eingeführt ist, kritisch zu hinterfragen. Wir favorisieren regionale (Verkehrsverbände) und kommunale Lösungen für Kreise und 54 kreisfreie Städte.

f.d.R.
Rico Gebhardt
Landesgeschäftsführer

11. Oktober 2008, Markneukirchen